



Niederschrift

19. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

| | |
|------------------------|----------------------|
| Sitzungstermin: | Mittwoch, 14.10.2009 |
| Sitzungsbeginn: | 17:05 Uhr |
| Sitzungsende: | 18:15 Uhr |
| Ort, Raum: | Stadthaus, R. 280 a |

Anwesend sind:

| | | |
|------------------------------------|-----------------------|---------------|
| Herr Jakobs, Jann | Oberbürgermeister | |
| Frau Müller, Birgit | DIE LINKE | |
| Frau Dr. Müller, Sigrid | DIE LINKE | |
| Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen | DIE LINKE | |
| Frau Dr. Schröter, Karin | DIE LINKE | |
| Frau Knoblich, Hannelore | SPD | |
| Herr Schubert, Mike | SPD | bis 18:13 Uhr |
| Herr Wartenberg, Claus | SPD | |
| Herr Dr. Wegewitz, Hagen | SPD | |
| Herr Rietz, Klaus | CDU/ANW | |
| Herr Schröder, Michael | CDU/ANW | |
| Herr Naber, Nils | Bündnis 90/Die Grünen | |
| Frau Engel-Fürstberger, Martina | FDP/Familienpartei | |

Nicht anwesend ist:

| | | |
|---------------------|---------|--------------|
| Herr Lehmann, Peter | CDU/ANW | entschuldigt |
|---------------------|---------|--------------|

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Dr. Magdowski, GB 2
Frau E. Müller; GB 3
Herr Klipp, GB 4
Herr Fiebig, Fiebig Bau und Herr Hoffmann, MHP Gerüstbau
Herr Frerichs, Bereich Wirtschaftsförderung
Frau Krusemark, SB Recht
Herr Jetschmanegg, Büro des OBM

Schriftführerin:
Frau Ziegenbein

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 30. September 2009/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Klimaanlage Plenarsaal
Vorlage: 07/SVV/0970
Stadtverordnete B. Müller, Fraktion DIE LINKE, Stadtverordnete Knoblich, Fraktion SPD, Stadtverordnete Paulsen, Fraktion CDU, Stadtverordneter Wartenberg, Fraktion SPD, Stadtverordnete Drohla, Fraktion DIE LINKE
- 4 Stiftung "Freies Ufer am Griebnitzsee"
Vorlage: 09/SVV/0596
Fraktion DIE LINKE
- 5 Sitzungskalender 2010
Vorlage: 09/SVV/0679
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV
- 6 Standortsicherung für die Firmen MHP Gerüstbau und Fiebig Bau
Vorlage: 09/SVV/0880
Gruppe BürgerBündnis
zur Erledigung
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Information zum Sachstand Kaufhalle Zentrum Ost - REWE (gemäß DS 09/SVV/0677 aus SVV 02.09.09) und ehemalige Kaufhalle Am Schlaatz
- 7.2 Gemeindezentrum russisch-orthodoxe Gemeinde
gemäß Beschluss: 09/SVV/0179
- 7.3 Bericht über die Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsvorstehern vom 13.10.2009
- 8 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 30. September 2009/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest; zu Beginn der Sitzung sind alle 13 Mitglieder bzw. stellvertretenden Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der 18. Sitzung des Hauptausschusses vom 30. September 2009 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 12 Ja-Stimmen, bei 1 Stimmenthaltung bestätigt.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung informiert der Oberbürgermeister, dass es zum Tagesordnungspunkt „Mitteilungen der Verwaltung“ einen Sachstandsbericht zur Vergabe der Marketingleistungen Schiffbauergasse geben werde. Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

zu 3 **Klimaanlage Plenarsaal Vorlage: 07/SVV/0970**

Stadtverordnete B. Müller, Fraktion DIE LINKE, Stadtverordnete Knoblich, Fraktion SPD, Stadtverordnete Paulsen, Fraktion CDU, Stadtverordneter Wartenberg, Fraktion SPD, Stadtverordnete Drohla, Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister verweist eingangs auf die vorliegenden Voten des Ausschusses für Finanzen (Zustimmung **6:0:0**), des Werks- (Zustimmung 4:0:3) und des Rechnungsprüfungsausschusses (Zustimmung 7:0:2) sowie den von ihnen mehrheitlich zur Beschlussfassung empfohlenen geänderten Beschlusstext mit folgendem Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **die Klimatisierung des Plenarsaals und anderer Räumlichkeiten im Zusammenhang mit der Modernisierung des Stadthauses zu prüfen.**

Bei der Prüfung sollten der Einsatz von Absorptionskälteanlagen und die damit verbundenen Fördermöglichkeiten (z. B. über die Technologie-Stiftung Berlin-Brandenburg der TU Berlin) und klimaschonenden Effizienzvorteile einbezogen werden.“

Frau B. Müller übernimmt diesen namens der Antragsteller.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **die Klimatisierung des Plenarsaals und anderer Räumlichkeiten im Zusammenhang mit der Modernisierung**

des Stadthauses zu prüfen.

Bei der Prüfung sollten der Einsatz von Absorptionskälteanlagen und die damit verbundenen Fördermöglichkeiten (z. B. über die Technologie-Stiftung Berlin-Brandenburg der TU Berlin) und klimaschonenden Effizienzvorteilen einbezogen werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 4 Stiftung "Freies Ufer am Griebnitzsee"

Vorlage: 09/SVV/0596

Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister erinnert an die in der letzten Sitzung des Hauptausschusses getroffenen Festlegung, den Beschlusstext im Sinne einer Einbeziehung potenzieller Interessenten zu überarbeiten und eine neue Formulierung bis zur heutigen Hauptausschusssitzung vorzulegen. Diese zwischen Herrn Exner und Herrn Dr. Scharfenberg abgestimmte Textfassung liege nun mit folgendem Wortlaut vor:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die vorhandene Bereitschaft der Bevölkerung, sich an der Finanzierung des Erwerbs von Grundstücken am Griebnitzsee oder an deren Überlassung zugunsten der Öffentlichkeit zu beteiligen, genutzt werden kann. Insbesondere sollen die Voraussetzungen zur Gründung einer Stiftung und/oder der Einrichtung eines Spendenkontos o.ä. geprüft werden. Das Prüfergebnis mit einer Empfehlung zur weiteren Vorgehensweise ist der Stadtverordnetenversammlung im Februar 2010 vorzulegen.“

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass diese Fassung dem Anliegen seiner Fraktion entspreche und bittet, diese zur Abstimmung zu stellen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die vorhandene Bereitschaft der Bevölkerung, sich an der Finanzierung des Erwerbs von Grundstücken am Griebnitzsee oder an deren Überlassung zugunsten der Öffentlichkeit zu beteiligen, genutzt werden kann. Insbesondere sollen die Voraussetzungen zur Gründung einer Stiftung und/oder der Einrichtung eines Spendenkontos o.ä. geprüft werden. Das Prüfergebnis mit einer Empfehlung zur weiteren Vorgehensweise ist der Stadtverordnetenversammlung im Februar 2010 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen.**

zu 5 Sitzungskalender 2010

Vorlage: 09/SVV/0679

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV

Der Oberbürgermeister verweist auf die Voten der Fachausschüsse und Ortsbeiräte und bittet um Wortmeldungen. Herr Dr. Scharfenberg schlägt vor, am 06. Januar 2010 eine Sitzung des Hauptausschusses einzuplanen, da ansonsten in einem Zeitraum von 6 Wochen keine Hauptausschusssitzung stattfindet. Darüber hinaus sehe er den sonst üblichen Zeitraum der Hauptausschusssitzungen im

September unterbrochen – hier liege ein Zeitraum von 3 Wochen zwischen den Sitzungen.

Nach einem kurzen Meinungs austausch und dem Hinweis, dass der Hauptausschuss nach der BbgKVerf die Arbeit der anderen Ausschüsse koordiniere und die Voten der Ausschüsse zusammenfasse, wird der Vorschlag, am 06. Januar 2010 eine Hauptausschusssitzung zu planen, zur Abstimmung gestellt und mit 7 Ja-Stimmen, bei 2 Nein-Stimmen angenommen.

Der Sitzungskalender wird mit den von den Ausschüssen empfohlenen Änderungen und Ergänzungen zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Sitzungskalender 2010 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse, einschließlich der Änderung – am 06. Januar 2010 eine zusätzliche Hauptausschusssitzung zu planen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------------|----|
| Zustimmung: | 12 |
| Ablehnung: | 0 |
| Stimmenthaltung: | 1 |

zu 6 Standortsicherung für die Firmen MHP Gerüstbau und Fiebig Bau

Vorlage: 09/SVV/0880

Gruppe BürgerBündnis
zur Erledigung

Herr Klipp führt dazu aus, dass es entsprechend seiner Zusage in der Stadtverordnetenversammlung ein Gespräch mit den beiden Firmen, der Wirtschaftsförderung und Fachbereichen an seinem Tisch gegeben habe. Die beiden Geschäftsführer seien zu diesem Termin mit ihrem Anwalt erschienen, der in die Diskussion ernstzunehmende Aspekte eingebracht habe. Derzeit laufe zur Standortproblematik das Anhörungsverfahren, so dass die in der Presse dargestellte Wertung völlig falsch sei und es keine akute Gefährdung der beiden Firmen gebe. In 14 Tagen finde ein weiteres Gespräch statt; derzeit werde die Aktenlage analysiert und die erteilten Baugenehmigungen geprüft. Sollte der Erhalt der beiden Firmen am jetzigen Standort nicht möglich sein, werden andere Varianten geprüft und eine Verlagerung mit Hilfe der Wirtschaftsförderung vorgenommen. Er führt weiter aus, dass es hier „Überlagerungen mit anderen Interessenten“ gegeben habe und diese Interessenten mit angeblichen Absprachen zwischen ihnen und der Wirtschaftsförderung „operiert“ haben, so dass bei den beiden Firmen ein völlig falscher Eindruck entstanden sei. Er habe den Firmen sein Ehrenwort gegeben, dass das nicht die Stadtplanung sei, die die Stadt machen wolle. Dieses positive Signal für die beiden Firmen, dass sie in keinem Fall gefährdet und auch weiterhin kreditwürdig seien, müsse potenzielle Auftragnehmer und die Banken erreichen.

Herr Rietz betont anschließend, dass die Ausräumung der Missverständnisse sehr positiv sei und er insofern den vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion CDU/ANW wie folgt modifiziere:

Änderungsantrag Fraktion CDU/ANW:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Firmen MHP Gerüstbau und Fiebig Bau, die erst 1998 neu errichteten Gebäude im Lerchensteig weiter nutzen können (Bestandsschutz).

~~Soweit dazu Beschlüsse der SVV erforderlich sind, wird der Oberbürgermeister beauftragt, entsprechende Beschlussvorlagen in die SVV November 2009 einzubringen, ggf. ist eine Änderung der Grenze „Innenbereich“ erforderlich.~~

2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ~~in der SVV November 2009~~ im **Hauptausschuss im Dezember 2009** zu berichten, welche Maßnahmen die Verwaltung bereits ergriffen hat bzw. noch ergreifen wird (mit Terminsetzung), um die Existenz o.g. Betriebe mit mehr als 60 Mitarbeitern am Standort Lerchensteig zu sichern.

Herr Schubert betont, dass die Fraktion SPD diesem Änderungsantrag zustimmen werde und er sich sehr freue, dass doch eine Lösung im Sinne der Firmen gefunden wurde.

Der Hauptausschuss beschließt:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Firmen MHP Gerüstbau und Fiebig Bau, die erst 1998 neu errichteten Gebäude im Lerchensteig weiter nutzen können (Bestandsschutz).
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Hauptausschuss im Dezember 2009 zu berichten, welche Maßnahmen die Verwaltung bereits ergriffen hat bzw. noch ergreifen wird (mit Terminsetzung), um die Existenz o.g. Betriebe mit mehr als 60 Mitarbeitern am Standort Lerchensteig zu sichern.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

zu 7.1 Information zum Sachstand Kaufhalle Zentrum Ost - REWE (gemäß DS 09/SVV/0677 aus SVV 02.09.09) und ehemalige Kaufhalle Am Schlaatz

Herr Klipp führt dazu aus, dass es am 9. Oktober 2009 weitere Gespräche mit REWE zur Standortentwicklung im Wohngebiet „Zentrum Ost“ und Gespräche mit den Eigentümern der in Rede stehenden Flächen gegeben habe. Die an diesem Standort vorhandenen Eigentümerverhältnisse erleichtern eine Lösungsfindung nicht. In Kürze werde es ein weiteres Treffen geben und dann müsse man sehen, ob eine Projektentwicklung hinzubekommen sei oder nicht. Das sei derzeit völlig offen und hänge zum einen von der Kreativität der Architekten und zum anderen von REWE selbst ab, inwieweit es hier die Bereitschaft gebe, den Standardbau an die Gegebenheiten anzupassen.

Für den Standort der ehemaligen Kaufhalle „Am Schlaatz“ gebe es keinen neuen Sachstand. Allerdings meine er, dass hier die Entwicklung dieses zentralen Standorts nicht nur im Interesse der Stadt liege, sondern auch die Wohnungseigentümer um diesen Standort herum Interesse an einer prosperierenden Stadt haben müssten. Deshalb werde es Gespräche mit der Pro Potsdam und den Wohnungsgenossenschaften geben.

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass sich bezüglich der Nutzung leerstehender Ladenflächen bisher keine Interessenten gemeldet hätten. Zur Realisierung des Wochenmarktangebotes habe es bereits Gespräche mit der Wohnungswirtschaft gegeben sowie Überlegungen, wie dafür Anreize geschaffen werden können.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, ob eine monatliche Berichterstattung zu dieser Thematik möglich sei, da es hierzu einen gewissen Zeitdruck gebe und ob die

Stadt bei der Einrichtung eines Ersatzverkaufs problemlos Unterstützung gebe. Letzteres bejaht der Oberbürgermeister und sagt eine beschleunigte Prüfung der Anträge zu. Bezüglich der REWE-Kaufhalle im Zentrum Ost fragt er nach den zeitlichen Vorstellungen, um eine Lösung zu finden, denn REWE wolle bis Mitte 2010 die Halle schließen.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass die unterschiedlichen Eigentümer der Flächen und die zu erwartenden Preisvorstellungen das Problem seien und man derzeit darauf setze, ein Alternativszenario zu schaffen. Bis zur Schließung der Halle müsse eine Entscheidung getroffen werden. Herr Schröder fragt nach, ob der Beschluss aus der letzten Sitzung der StVV, die Nutzung der Mensa für die Peter-Joseph-Lenné-Gesamtschule in Bezug auf ihr pädagogisches Konzept der voll gebundenen Ganztagschule, nicht mit dem Vorhaben einer Kaufhalle kollidiere. Der Oberbürgermeister betont, dass jetzt Gespräche nötig sind, was überhaupt machbar sei und auch im Zuge der weiteren Prüfung fortgesetzt werden. Erst dann könne man entscheiden, in welche Richtung die Entwicklung gehe.

zu 7.2 Gemeindezentrum russisch-orthodoxe Gemeinde gemäß Beschluss: 09/SVV/0179 monatliche BE im HA

Herr Klipp führt aus, dass das Verfahren ausgesetzt wurde, da ein Benehmen zwischen der Unteren Denkmalbehörde und der Landesdenkmalpflege nicht zustande kam und demzufolge eine Ministerentscheidung zu treffen sei. Das wolle die Stadt der derzeitigen Ministerin nicht mehr ermöglichen, weil dann das Vorhaben abgelehnt werde. Deshalb werde die Stadt die derzeitige Neubesetzung der Ressorts des Landes abwarten und Gespräche mit dem Kulturministerium und ICOMOS führen. Danach werde der Antrag neu formuliert – allerdings setze er nicht nur auf ein Arbeitsgremium oder einen Runden Tisch, sondern auf Einzelgespräche. Im Moment sei er sehr optimistisch.

Der Oberbürgermeister schlägt Bezug nehmend auf den Antrag der Fraktion DIE LINKE (09/SVV/0888) vor, diesen zurückzustellen und die Entwicklung bezüglich der Neubildung der Landesregierung abzuwarten, um dann einen neuen Antrag zu stellen, den die Landesdenkmalpflege ablehnen werde, was zwangsläufig auf eine Ministerentscheidung hinauslaufe.

Herr Dr. Scharfenberg plädiert dafür, alle städtischen Mittel auszuschöpfen mit den Beteiligten im Gespräch zu bleiben und die Angelegenheit zu begleiten. Dem Vorschlag einer Zurückstellung des o. g. Antrags stimme er zu, allerdings sollte dieser noch in diesem Jahr aufgerufen werden, um entsprechende Informationen entgegenzunehmen.

Im Ergebnis einigt sich der Hauptausschuss auf die Sitzung am 09. Dezember 2009, um die Drucksache 09/SVV/0888 zu behandeln.

zu 7.3 Bericht über die Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsvorstehern vom 13.10.2009

Der Oberbürgermeister bittet Herrn Exner, über die o. g. Beratung zu informieren, da er diese in seiner Abwesenheit geleitet habe.

Herr Exner führt aus, dass neben den aus der Stadtverordnetenversammlung überwiesenen Vorlagen 09/SVV/0728, Grundsätze der KMU-Förderung in der Landeshauptstadt Potsdam in Umsetzung der Richtlinie zur nachhaltigen Stadtentwicklung vom 13. Juni 2008, 09/SVV/0835, Stärkung des ländlichen Raums innerhalb der Landeshauptstadt Potsdam und der Mitteilungsvorlage 09/SVV/0921, Finanzielle Förderung Gemeindehaus Golm, die Haushaltsplanung 2010 Gegenstand der Beratung gewesen sei.

Zu den Grundsätzen der KMU-Förderung habe Herr Frerichs, Bereich Wirt-

schaftsförderung Stellung genommen und die Gelegenheit genutzt, seinen Bereich vorzustellen und das Angebot zu unterbreiten, diesen auch durch die Ortsbeiräte in Anspruch zu nehmen. Die Vorlagen zur Stärkung des ländlichen Raums und zur finanziellen Förderung des Gemeindehauses Golm wurden nur kurz angerissen. Bezüglich der Haushaltsplanung 2010 wurden die den Stadtverordneten bereits bekannten Verfahren mit der Zielstellung der Haushaltseinbringung im Januar 2010 sowie die Auswirkungen auf die Ortsteile besprochen.

Frau Dr. Schröter fragt nach, ob die Nachnutzung der Gaststätte im Ortsteil Grube eine Rolle gespielt habe, was Herr Exner verneint. Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass die Stadt bemüht sei, eine Regelung zu finden und wenn es Interesse gibt, auch die bisherigen Eigentümer bei einer Wiedereröffnung zu unterstützen.

neu Sachstandsbericht zur Vergabe der Marketingleistungen Schiffbauergasse

Frau Dr. Magdowski teilt mit, dass das Ausschreibungsverfahren zum Management und Marketing der Schiffbauergasse beendet sei. Von den zahlreichen Interessenten seien letztlich 14 Bewerbungen eingegangen, wovon 6 Unternehmen aufgefordert worden seien, präzisiertere Unterlagen einzureichen. Den Zuschlag habe letztlich das Kölner Unternehmen AWC erhalten, welches auch entsprechende Referenzen aus dem Bereich Beratung und Entwicklung aufweisen könne. Bei der Auswahl habe die Verwaltung auf gute Referenzen geachtet und es sei für sie besonders wichtig, zielführende Vorschläge für das Management der Schiffbauergasse zu erhalten. Die AWC habe nunmehr den Auftrag, in den nächsten 6 Monaten ein Konzept für die Schiffbauergasse zu entwickeln und dabei die Wünsche der am Standort ansässigen Kulturschaffenden zu berücksichtigen. Die dafür benötigten Mittel seien umgeschichtet aus dem Personalbereich.

zu 8 Sonstiges

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf die in der heutigen Presse angekündigten Verkehrseinschränkungen in der Potsdamer Mitte und die dazu vom Sanierungsträger, in persona von Herrn Jesse geäußerte Meinung, dass die Stadt das schon aushalten werde. Obwohl es seitens der Stadtverordnetenversammlung zahlreiche Bemühungen gegeben habe, um Verkehrseinschränkungen zu minimieren, werden die Potsdamer nun wiederum belastet. Wenn dieses Thema vermittelt wird, dann sollte dafür eine andere Art gefunden werden.

Herr Klipp betont nachdrücklich, dass Verkehrseinschränkungen nicht über das notwendige Maß hinaus veranlasst werden und das Konzept gut durchdacht und geplant sei. Die Verwaltung schöpfe alle Möglichkeiten aus, um die Belastungen so gering wie möglich zu halten. Dazu sei eine Presseerklärung ausgereicht worden, die sehr ausgewogen sei und an die Verkehrsteilnehmer appelliere, das Auto weitestgehend stehen zu lassen und andere Verkehrsmittel zu nutzen bzw. den Bereich weiträumig zu umfahren. Er fordert Herrn Dr. Scharfenberg auf, diese Presseerklärung zu lesen und seine grundsätzliche Ablehnung gegen das Projekt des Landtagsneubaus nicht in jedes Detail zu legen.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wann die Vorlage zur Vergabe des Tierheims eingebracht werde, entgegnet Frau E. Müller, dass der Vergabevermerk gefertigt sei und gegenwärtig geprüft werde. Sie könne so viel verraten, dass sehr interessante Angebote gefunden worden seien, die mit der Vorlage vorgestellt werden. Die Einbringung werde am 28.10. oder 11.11.2009 im Hauptausschuss erfolgen.

Im Weiteren fragt Herr Dr. Scharfenberg nach, wann die DS 09/SVV/0456, Erste Satzung zur Änderung der Hauptsatzung, wieder in den Geschäftsgang aufgenommen werde. Der Grund für die Zurückstellung seien noch nicht abgeschlossene Korrespondenzen mit dem Innenministerium gewesen.

Herr Exner bestätigt dies und verweist darauf, dass es ernst zu nehmende Problem mit der Hauptsatzungsänderung und einer Bürgerbefragung gebe. Er werde den Vorgang nochmals prüfen – eine Aufnahme in die Tagesordnung – so der Oberbürgermeister – erfolgt für die Sitzung am 11.11.2009.

Frau Dr. Schröter fragt nach, ob die Stadt externe Gutachter beauftragt habe, um die finanzielle Situation der Geschäftsbereiche zu durchleuchten.

Der Oberbürgermeister informiert, dass im Zuge der Erarbeitung des Haushalts-sicherungskonzeptes als Bestandteil der Haushaltsplanung 2010 ein Unternehmen beauftragt worden sei, das Möglichkeiten für weitere Einsparmöglichkeiten prüfe. Bisher im HSK enthaltene Maßnahmen seien erledigt oder nicht umsetzbar – an neuen Vorschlägen mangle es aber. Er schlägt vor, das mit dem Haushaltsplan 2010 zu diskutieren.

Auf die weitere Nachfrage von Frau Dr. Schröter, was das koste und warum die Verwaltung das nicht alleine könne, entgegnet der Oberbürgermeister, dass es zahlreiche Beispiele gebe, wo externe Unternehmen zu einem entsprechenden Erfolg beigetragen haben – natürlich gebe es auch Beispiele für nicht so gute Ergebnisse. Die Stadt sei gezwungen, neue Vorschläge zu unterbreiten, die aber aus den Reihen der Fach- und Geschäftsbereiche nicht mehr kommen. Insofern sei die Stadt gut beraten, externe Berater in Anspruch zu nehmen. Ob man diese Vorschläge dann wolle oder nicht, sei eine politische Entscheidung. Herr Exner ergänzt, dass das Unternehmen und die Methoden in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen vorgestellt werden. Darüber hinaus stehe die Hinzuziehung externer Beratung schon im HSK 2009 drin. Teilweise werde dies sogar von den Innenministerien gefordert bzw. gefördert – was für Potsdam allerdings nicht gelte. Die Kosten betragen ca. 70 – 80.000 Euro.

Auf die Frage von Frau Dr. Schröter nach der Zeitschiene für den Jahresabschluss 2007, verweist Herr Exner auf die Vorgabe des Innenministeriums, diese bis zum Ende des Jahres 2009 vorzulegen und daran arbeite die Verwaltung.